

Technik, Terror, Transparenz

Stimmen Orwells Visionen?

von Thilo Weichert

Die Rezeption Orwells

Beim Verfassen seines Romans *1984* stand George Orwell 1948 unter dem Eindruck von zwei grauenhaften Herrschaftssystemen: Hitlers Nazi-Herrschaft und Stalins kommunistischem Regime. Die eine Schreckensherrschaft war gerade nach einem mörderischen Krieg besiegt, die andere sollte noch bis zum natürlichen Tod Stalins fort dauern. Orwell war – nach unseren heutigen politischen Maßstäben – kein Vertreter der parlamentarischen Demokratie und eines sozialen Kapitalismus. Er war ein glühender Verfechter des Individuums gegen jede Art von totalitärem Staat oder totalitärer Gesellschaft. Er kämpfte nicht nur am Schreibtisch für Freiheit und Gleichheit der Menschen, sondern auch an der republikanischen Front im spanischen Bürgerkrieg gegen den Faschismus Francos. Seine dabei gemachten Erfahrungen an der inneren Front der Republikaner mit der kommunistischen Miliz machten ihn zum erbitterten Feind des sowjetischen Totalitarismus und zum Anarchisten.

Orwell hatte die Gabe, aus den beiden großen totalitären Regimes des 20. Jahrhunderts ein Phänomen herauszukristallisieren, das bis dahin weder die politische oder literarische noch die wissenschaftliche Diskussion bestimmte: das der *Herrschaftssicherung durch Informationstechnik*. Doch entgegen allen aktuellen Rezeptionen war nicht die Warnung hiervor seine zentrale Botschaft. Seine Botschaft richtete sich gegen Staatsformen generell, die die innere und äußere Freiheit der Menschen einschränken. Seine Botschaft ist ein flammendes Bekenntnis zur individuellen Freiheit, nicht nur die Freiheit vor materiellen Zwängen, sondern vor allem und auch die Freiheit zu denken, zu fühlen und zu lieben. Mit analytischer Schärfe beschrieb er in *1984* nicht nur das technische Überwachungsinstrumentarium des „Engsoz“ (Abkürzung für „Englischer Sozialismus“) Ozeaniens. Eine mindestens ebenso große Bedeutung maß er der Gehirnwäsche bei, die z.B. in den „Zwei-Minuten-Hass-Sendungen“ des „Televisors“ bzw. generell im „Zwiedenken“ verwirklicht wurde. Zitat (Orwell, ²²1974, S. 34):

Zu wissen und nicht zu wissen, sich des vollständigen Vertrauens seiner Hörer bewusst zu sein, während man sorgfältig konstruierte Lügen erzählte, gleichzeitig zwei einander ausschließende Meinungen aufrechtzuerhalten, zu wissen, dass sie einander widersprachen und an beide zu glauben; die Logik gegen die Logik zu Feld zu führen; die Moral zu verwerfen, während man sie für sich in Anspruch nahm; zu glauben, Demokratie sei unmöglich, die Partei jedoch die Hüterin der Demokratie; zu vergessen, was zu vergessen von einem gefordert wurde, um sich dann, wenn man es brauchte, wieder ins Gedächtnis zurückzurufen, und es hierauf erneut prompt wieder zu vergessen; vor allem, dem Verfahren selbst gegenüber wiederum das gleiche Verfahren anzuwenden.

Bei all unserer Euphorie und unserem Skeptizismus gegenüber modernen Überwachungstechniken und der rechtlichen Abarbeitung der Risiken und Chancen dieser Techniken mithilfe des vom Bundesverfassungsge-



Foto: Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft (ESM) / pixelio.de

Bild 1: Zwiedenken – mit dem Begriff *Terrorismusbekämpfung* wurde ein Legitimationsmuster für die Überwachung der Internetnutzung der Bevölkerung weltweit sowie für politische und wirtschaftliche Spionage gefunden.

Recht auf informationelle Selbstbestimmung

Definition: Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung ist das Grundrecht des Einzelnen, grundsätzlich selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner persönlichen Daten zu bestimmen.

Grundlegend für das Verständnis, den Umfang und die Wirkung des Datenschutzes ist dessen grundrechtliche Verankerung als informationelles Selbstbestimmungsrecht. Dieses Grundrecht zählt zu den allgemeinen Persönlichkeitsrechten und wurde durch das Bundesverfassungsgericht im Zuge des Volkszählungsurteils vom 15. Dezember 1983 etabliert.

Ausgehend von den gerichtlichen Feststellungen zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht seit den 1950er-Jahren wurde bis zum Volkszählungsurteil von der Gültigkeit der sogenannten *Sphärentheorie* ausgegangen, wonach eine Person über eine absolut geschützte Intimsphäre (unantastbarer Kernbereich privater Lebensgestaltung) verfüge, über eine weitgehend geschützte Privatsphäre sowie über eine weitgehend *ungeschützte* Individualsphäre (Öffentlichkeitssphäre). Die Handlungen einer Person in der Öffentlichkeit wären dann als weitgehend ungeschützt anzusehen.

Im Zuge des Volkszählungsurteils wurde diese Form der Sphärentheorie weitgehend aufgegeben. In der Urteilsbegründung wurde vom Bundesverfassungsgericht festgehalten, dass „[...] unter den Bedingungen der automatischen Datenverarbeitung es insoweit kein ‚belangloses‘ Datum mehr gibt“. Bei der Betrachtung, wie sensibel Informationen einzustufen sind, kann nicht mehr ausschließlich auf die Intimsphäre abgestellt werden, eher ist der Verwendungszusammenhang (also der Zweck) ausschlaggebend. Hinzu kommt, dass die Nutzbarkeit und Verwendungsmöglichkeiten von Daten auch von den Verarbeitungs- und Verknüpfungsmöglichkeiten der eingesetzten Informationstechnik abhängen!

Bedeutung des informationellen Selbstbestimmungsrechts

Die grundlegende Bedeutung des informationellen Selbstbestimmungsrechts hob das Bundesverfassungsgericht wie

folgt hervor: „Wer nicht mit hinreichender Sicherheit überschauen kann, welche ihn betreffende Informationen in bestimmten Bereichen seiner sozialen Umwelt bekannt sind, und wer das Wissen möglicher Kommunikationspartner nicht einigermaßen abzuschätzen vermag, kann in seiner Freiheit wesentlich gehemmt werden, aus eigener Selbstbestimmung zu planen oder zu entscheiden. [...] Wer unsicher ist, ob abweichende Verhaltensweisen jederzeit notiert und als Information dauerhaft gespeichert, verwendet oder weitergegeben werden, wird versuchen, nicht durch solche Verhaltensweisen aufzufallen.“

Eingriffe ins informationelle Selbstbestimmungsrecht

Gleichwohl ist das informationelle Selbstbestimmungsrecht keineswegs schrankenlos gewährt.

Ergänzend hat hierzu das Bundesverfassungsgericht im Volkszählungsurteil ausgeführt: „Der Einzelne hat nicht ein Recht im Sinne einer absoluten, uneinschränkbaren Herrschaft über ‚seine‘ Daten; er ist vielmehr eine sich innerhalb der sozialen Gemeinschaft entfaltende, auf Kommunikation angewiesene Persönlichkeit. Information, auch soweit sie personenbezogen ist, stellt ein Abbild sozialer Realität dar, das nicht ausschließlich dem Betroffenen allein zugeordnet werden kann. [...] Grundsätzlich muss daher der Einzelne Einschränkungen seines Rechts auf informationelle Selbstbestimmung im überwiegenden Allgemeininteresse hinnehmen.“

Es bedarf allerdings einer gesetzlichen Grundlage für den Eingriff ins informationelle Selbstbestimmungsrecht. Diese muss für den Bürger eindeutig erkennen lassen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang in seine Rechte eingegriffen werden darf (Transparenzgebot).

Ein solcher „gesetzlicher Zwang“ zur Angabe personenbezogener Daten setzt voraus, dass der Verwendungszweck präzise bestimmt wurde und dass die Angaben für diesen Zweck auch geeignet und erforderlich sind (Grundsatz der Verhältnismäßigkeit). Ferner sind organisatorische und verfahrensrechtliche Vorkehrungen zu treffen, die der Gefahr einer Verletzung des Persönlichkeitsrechts entgegenwirken.

Quelle: Witt, 2010, S. 47–54

richt 14 Tage vor Beginn des Jahres 1984 erfundenen *Rechts auf informationelle Selbstbestimmung* (siehe Kasten „Recht auf informationelle Selbstbestimmung“; vgl. auch Lutterbeck, 1984) sind wir uns oft gar nicht mehr bewusst, weshalb wir euphorisch und zugleich skeptisch sein sollten. Orwell und das Bundesverfassungsgericht haben dies klar und deutlich benannt: wegen unserer inneren Freiheit – bzw. in der Wortwahl unseres Grundgesetzes im Artikel 1: wegen der Würde des Menschen.

Wir sind uns oft wenig bewusst, wie weit bei uns das von Orwell beschriebene „Zwiedenken“ Praxis ist. Da ist von „Terrorismusbekämpfung“ die Rede. Spätestens seit den Anschlägen am 11. September 2001 ist sie das weltweite Legitimationsmuster für staatliches Handeln. Dabei geht es regelmäßig nicht um das, was beschrieben wird, sondern um Überwachung, seien es die Handys der bundesdeutschen Bundeskanzlerin oder der brasilianischen Präsidentin, die Satellitentelefone der

Taliban oder der E-Mail-Verkehr einer globalen Internetgemeinde. Und es geht um Herrschaftssicherung durch Ausgrenzen von Menschen und Gruppen, seien es nun Ausländer, Andersgläubige, Menschenrechtler, Bürgerkriegs- oder Hungerflüchtlinge.

Seit Anfang Juni 2013 beglückt uns Edward Snowden mit immer wieder neuen Erkenntnissen über die politische und wirtschaftliche Spionage sowie über die Internetüberwachung der Bevölkerung weltweit unter dem Vorwand der Terrorismusbekämpfung. 30 Jahre nach 1984 und nach dem Volkszählungsurteil haben wir einen Anlass und das Material zur kritischen Bestandsaufnahme. Mit dem Spiegel Orwells aus dem Jahr 1948 können wir nicht nur vordergründige Realitäten wieder-erkennen, sondern uns auch mancher Hintergründe bewusst werden. Dabei stellen wir schnell fest, dass das literarische 1984 und das reale 2014 in mancher Hinsicht unvergleichbar sind, was etwa die materielle Not in den Zentren angeht oder die direkte Gewalt, die in

Foto: Paul-Georg Meister / pixelio.de



Bild 2: Der Orwell'sche Telesvisor wurde Wirklichkeit in der allgegenwärtigen optischen Überwachung.

Ozeanien des 1984 herrschten. Der materielle Überfluss, in dem wir in den westlichen Industrieländern leben, war für Orwell beim besten Willen nicht vorhersehbar. Diese Umstände strafen ihn nicht Lügen, sondern zwingen uns zu einer differenzierten Analyse.

Verblüffend bleibt die visionäre Gabe Orwells hinsichtlich der technischen Überwachung. So ist der „Telesvisor“ nichts anderes als die auch in Deutschland immer allgegenwärtigere optische Überwachung. Die Ironie der Geschichte wollte es, dass der Heimatstaat Orwells – Großbritannien – dessen Vision der visuellen Überwachung besonders zum Vorbild genommen hat.

Der Telesvisor Orwells konnte nicht nur kontrollieren, sondern auch Botschaften verkünden, d.h. die Beobachteten einseitig manipulieren, und sogar darüber hinausgehend dem individuell Beobachteten die Antwort des Großen Bruders direkt zurückmelden, ihm drohen und Anweisungen geben. Zitat (Orwell, 221974, S.188): „Mit der Entwicklung des Fernsehens und bei dem technischen Fortschritt, der es ermöglichte, mit Hilfe desselben Instruments gleichzeitig zu empfangen und zu senden, war das Privatleben zu Ende. Jeder Bürger oder wenigstens jeder Bürger, der wichtig genug war, um einer Überwachung für wert befunden zu werden, konnte vierundzwanzig Stunden des Tages den Argusaugen der Polizei und dem Getrommel der amtlichen Propaganda ausgesetzt gehalten werden, während ihm alle anderen Verbindungswege verschlossen blieben.“ Was noch vor zehn Jahren unvorstellbar war, ist heute technische Realität: Argusaugen in Spiele- und TV-Konsolen in unseren Wohnungen, an Straßenlaternen, in Ladendecken und Schaufensterpuppen analysieren unser Verhalten und unseren Gesichtsausdruck, um uns dann mit möglicherweise individualisierten bewegten bildlichen und akustischen Werbebotschaften zu berieseln.

Orwell konnte sich wohl nicht vorstellen, dass die Mikrofone, mit denen selbst die Natur Ozeanien ausgestattet war und mit denen eine fast allgegenwärtige akustische Überwachung vorgenommen wurde, so win-

zig werden würden, dass sie vom menschlichen Auge auch bei größter Aufmerksamkeit nicht mehr wahrgenommen werden können. Kaum eine Vorstellung konnte er sich machen, dass heute biometrische Daten der Menschen automatisch gescannt und verarbeitet würden, dass in zentralen Datenbanken nicht nur persönliche Dossiers geführt würden, sondern dass diese in Data-Warehouses mit Data-Mining-Analyse-Instrumenten unter dem Stichwort „Big Data“ nach noch gar nicht bekannten Fragestellungen ausgewertet werden, um dann an Sicherheitsbehörden, Finanzdienstleister oder Krankenversicherungen Scorewerte, Bewertungen und Persönlichkeitsprofile weiterzuleiten, mit denen Macht über die Menschen ausgeübt wird. Orwell konnte noch keine Vorstellung von dem haben, was wir heute einfach „Netz“ nennen, mit dem potenziell alle Menschen untereinander, aber auch mit den Machtzentren elektronisch verbunden sind und von dem die Menschen Informationen und Befehle an jedem Ort erlangen wie über das diese ihre Rückmeldungen geben.

Die kritische Lektüre von 1984 schärft uns den Blick für Formen der Überwachung, die bei der Rezeption des Buchs oft ebenso unterschlagen werden wie bei der aktuellen Diskussion über staatliche Kontrolle: Das Instrument von „Miniwahr“ und „Minipax“ – d.h. des Wahrheitsministeriums und des Ministeriums für Gesetz und Ordnung – waren nicht nur der Telesvisor und die Mikrofone. Eine mindestens ebenso zentrale Rolle spielten die „Späher“, die menschlichen Spitzel. Diese sind – wie in der „Neusprache“ der DDR – „Offiziere im besonderen Einsatz“ (OibEs) oder „inoffizielle Mitarbeiter“ (IMs). Unsere bundesdeutsche Neusprache kennt zwar auch solche Menschen, etwa „Nicht-öffentlich ermittelnde Personen“ (NoePs) oder „Vertrauens-



Foto: Deutsche Messe AG

Bild 3: Big Data war eines der Schlagworte der CeBIT 2014. Analyse-Werkzeuge können für Sicherheitsbehörden, Finanzdienstleister oder Krankenversicherungen aus zentralen Datenbanken Scorewerte, Bewertungen und Persönlichkeitsprofile zusammenstellen. Das Bild stammt vom Rundgang der Bundeskanzlerin Angela Merkel mit Großbritanniens Ministerpräsident David Cameron.

und Verbindungspersonen“ (V-Leute), doch benötigen wir diese Spitzel nicht mehr, weil wir unser eigener menschlicher Spitzel sind, der die Botschaften über unser analoges Leben digitalisiert an die Schaltzentralen des „Netzes“ weitergibt.

Im Vergleich zu 1984 und dem Alltag in der DDR herrschen insofern im Deutschland des Jahres 2014 zwar keine überwachungsfreie, aber wohl relativ angstfreie Zustände – Zitat aus Orwells Buch zur Kindererziehung (Orwell, 221974, S.25): „Fast alle Kinder waren heutzutage schrecklich. Am schlimmsten von allen war jedoch, dass sie mit Hilfe von solchen Organisationen wie den Spähern systematisch zu unbezähmbaren kleinen Wilden erzogen wurden. [...] Die Marschlieder, die Umzüge, die Fahnen, die Wanderungen, das Exerzieren mit Holzgewehren, das Brüllen von Schlagworten, die Verehrung des Großen Bruders – alles das war für sie ein herrliches Spiel. Ihre ganze Wildheit wurde nach außen gelenkt, gegen die Staatsfeinde, gegen Ausländer, Verräter, Saboteure, Gedankenverbrecher.“ Es ist nicht mehr die Angst vor einem Großen Bruder, sondern die weniger schmerzende Angst vor dem *Konsum-Entzug*, die die Menschen zum kontrollierten Amoklauf in den Vergnügungstempeln unserer Marktwirtschaft veranlassen und sie daran hindert, ihre politischen Menschenrechte wahrzunehmen.

Orwell zeigt in seinem Buch die Achillesferse jedes totalen Systems auf und dessen Antwort: Die Dramaturgie des Buchs liegt darin, dass gegen „Gedankenverbrecher“ nur schwer Mittel zu finden sind. Insbesondere mit technischen Mitteln kommt man gegen diese (immer noch!) nicht richtig an. Unsere „intelligente“ Technik ist nicht intelligent genug, den subversiven Gedanken zu erkennen. Zwar war es in Ozeanien verboten, „einen unpassenden Ausdruck im Gesicht zu zeigen“, also sogenannte

„Gesichtsverbrechen“ (Orwell, 221974, S.59) zu begehen, doch trainierten die Helden des Romans das Verbergen ihrer Gedanken in ihrem Gesichtsausdruck. Wir schaffen es heute immer noch, mit Körperkontrolle – vom Pokerface bis zur gezielten Atemübung – nicht nur unsere Mitmenschen, sondern auch die automatisierten Polygrafen und Sprach- oder Gesichtsstimmungsmessungen zu täuschen.

Die Überwachung des Großen Bruders wollte jedoch tiefer gehen; sie sollte in die Köpfe und Herzen der Menschen eingepflanzt werden. Dies geht nur mit „personal intelligence“ und nicht mit „technical intelligence“ – im NSA-Neusprech „SigInt“. Diese Erkenntnis weist auf das große Überwachungsdefizit hin, an dem auch die aktuelle US-Administration „leidet“: Deren Apparat ist gegen den islamistischen, den *home-grown* oder sonstigen Terrorismus u.a. deshalb so wenig effektiv, weil seine Maßnahmen der „personal intelligence“ bei aller Perfektion der technischen Überwachung dilettantisch und unwirksam sind.

Die Überwachungsphantasien von Politikern und Wirtschaftslobbyisten nicht nur in den USA vermitteln den Eindruck realitätsfremder Traumwelten technischer Machbarkeit. In den USA gibt es wohl die anschaulichsten Beispiele: Es geht um den Plan, den modernen Menschen mit elektronischen Sensoren auszustatten, die ein künstliches elektronisches Gedächtnis seiner selbst in jeder Lebenslage mit Informationen versorgen. Die physischen, psychischen und Kontext-Daten werden an von fernen Stäben administrierte zentrale Server übertragen, das heißt alles, was dieser sieht, hört und fühlt, sämtliche Interaktionsdaten, aber nicht nur das, auch was er nicht bewusst wahrnimmt: Standort, Ruhe-, Lage- und Beschleunigungsdaten des Körpers, biomedizinische Daten wie Blutdruck und Blutzuckerwerte usw. Dies ist die Vision des modernen Konsumenten, Beschäftigten, Soldaten ... Staatsbürgers. Mit kriminalistischer „Profiler“-Akririe werden die Daten – weit weg vom analogen Leben – ausgewertet, um politisch, ökonomisch, militärisch rationale Rückmeldungen für eine optimierte Kampfstrategie zu geben – Zitat aus einem US-Militärprojekt: „LifeLog erlaubt es, dass nicht nur Einheiten zu Felde, sondern auch ihre Stabskommandeure bessere Kampfstrategien entwickeln können, weil sie Zugriff auf die Erfahrungen und damit auf die Vergangenheit und die Gegenwart haben. [...] Die Konfusion auf dem Kampfplatz sowie der physische und psychische Stress des Soldaten macht es für ihn schwierig, alle relevanten Aspekte einer Situation zu übermitteln.“ Nicht mehr er selbst fällt die Entscheidung, was zu tun ist, auch nicht sein vor Ort anwesender Kommandeur, sondern erst noch ein Stabsoffizier im Pentagon, dann aber – und besser – ein Computer. Das Konzept, das allen Utopisten Freu-

Der fortwährende Traum von der Totalkontrolle

Die Überwachungsphantasien von Politikern und Wirtschaftslobbyisten nicht nur in den USA vermitteln den Eindruck realitätsfremder Traumwelten technischer Machbarkeit. In den USA gibt es wohl die anschaulichsten Beispiele: Es geht um den Plan, den modernen Menschen mit elektronischen Sensoren auszustatten, die ein künstliches elektronisches Gedächtnis seiner selbst in jeder Lebenslage mit Informationen versorgen. Die physischen, psychischen und Kontext-Daten werden an von fernen Stäben administrierte zentrale Server übertragen, das heißt alles, was dieser sieht, hört und fühlt, sämtliche Interaktionsdaten, aber nicht nur das, auch was er nicht bewusst wahrnimmt: Standort, Ruhe-, Lage- und Beschleunigungsdaten des Körpers, biomedizinische Daten wie Blutdruck und Blutzuckerwerte usw. Dies ist die Vision des modernen Konsumenten, Beschäftigten, Soldaten ... Staatsbürgers. Mit kriminalistischer „Profiler“-Akririe werden die Daten – weit weg vom analogen Leben – ausgewertet, um politisch, ökonomisch, militärisch rationale Rückmeldungen für eine optimierte Kampfstrategie zu geben – Zitat aus einem US-Militärprojekt: „LifeLog erlaubt es, dass nicht nur Einheiten zu Felde, sondern auch ihre Stabskommandeure bessere Kampfstrategien entwickeln können, weil sie Zugriff auf die Erfahrungen und damit auf die Vergangenheit und die Gegenwart haben. [...] Die Konfusion auf dem Kampfplatz sowie der physische und psychische Stress des Soldaten macht es für ihn schwierig, alle relevanten Aspekte einer Situation zu übermitteln.“ Nicht mehr er selbst fällt die Entscheidung, was zu tun ist, auch nicht sein vor Ort anwesender Kommandeur, sondern erst noch ein Stabsoffizier im Pentagon, dann aber – und besser – ein Computer. Das Konzept, das allen Utopisten Freu-



Foto: Bundesarchiv

Bild 4:
Erich Mielke,
Chef der DDR-
Staatssicher-
heits-Spitzel am
13. November
1989 vor der
Volkskammer
der DDR:

„Wir haben, Genossen, liebe Abgeordnete, einen außerordentlich hohen Kontakt zu allen werktätigen Menschen. (Heiterkeit) Ja, wir haben den Kontakt. [...] Ich liebe doch alle Menschen ...“ – Solche fremden Spitzel werden nicht mehr gebraucht, sind wir doch heute unser eigener menschlicher Spitzel, der die Botschaften über unser analoges Leben digitalisiert an die Schaltzentralen des „Netzes“ weitergibt.



Bild 5:
Logo des
Büros für
Informations-
bewusstsein
(Information
Awareness
Office, IAO),
ein wachsam
auf die Erdkugel
blickendes
Auge mit dem
Spruch
„Wissen ist
Macht“.

Die USA haben mit dem IAO und etlichen weiteren Institutionen ein bisher beispielloses weltweites Überwachungsinstrumentarium geschaffen.

de bereiten könnte: „Das Unmögliche anstreben, um das Möglichste an Kontrolle zu erreichen.“

Genauso sollen nicht nur ein einfacher einzelner Soldat und seine militärische Einheit funktionieren, sondern die gesamte Gesellschaft: Im Januar 2002 wurde als Unterabteilung des US-Verteidigungsministeriums das „Büro für Informationsbewusstsein“ (*Information Awareness Office*) geschaffen, dessen Logo ein wachsam auf die Erdkugel blickendes Auge ist mit dem Spruch „Wissen ist Macht“ (siehe Bild 5). Seitdem werden die gewaltigen Datenozeane des technischen menschlichen Alltags auf Anzeichen geplanter „Verbrechen“ durchpflügt. Mit Systemen wie *Carnivor* und *Echelon* waren bisher schon globale E-Mail-, Internet- bzw. Telekommunikations-Überwachungsinstrumente installiert. Dann wurde die Total Information Awareness (TIA) ausgerufen. Inzwischen wissen wir, dass Institutionen, die sich hinter kryptischen Kürzeln verbergen, diesem Ziel näher sind, als es selbst deren Chef US-Präsident Barack Obama wissen wollte und die Welt nicht mehr wissen sollte: Alles soll registriert und ausgewertet werden (können) – wer was mit Kreditkarten einkauft, wer sich wo aufhält, Geld überweist und wer wem wann weshalb E-Mails verschickt oder sich über Telefon austauscht. Das Ganze war vorgesehen als „low intensity/low density form of warfare“, also als niederschwelliger Krieg gegen das „Reich des Bösen“. Ziel war es, dass „Information der Schlüssel zur Bekämpfung des Terrorismus“ wird. Die US-amerikanische NSA (*National Security Agency*, deutsch: Nationale Sicherheitsbehörde) und deren britischer Bruder die GCHQ (*Government Communications Headquarters*, deutsch: Regierungskommunikationshauptquartiere) haben mehr realisiert als ihnen von der Politik vorgegeben wurde.

Es wurde vor allem vom Land der Magna Charta von 1215 und vom Land der Unabhängigkeitserklärung von 1776 ein weltweites Überwachungsinstrumentarium ohne Beispiel etabliert. Die angloamerikanische Rechtstradition basiert auf dem Gedanken, dass alle Menschen gleich sind und ein Recht auf Leben, Frei-

heit und auf ein Streben nach Glück haben. Darüber hat sich eine Praxis der Ausbeutung und Machtausweitung gestülpt, deren moderne Charta z.B. Patriotengesetz („Patriot Act“) heißt. Unter dem Dach eines *Home Offices* oder *Heimatlandministeriums* („Homeland Security“) zusammengeführt, kontrollieren und drangsalieren Behörden nicht nur die Andersgläubigen und Ausländern, sondern mangels hinreichender Differenzierungskriterien auch fürsorglich die Beheimateten.

Propaganda und Feindbilder

Damit einher geht klassische Regierungspropaganda: Das islamische Feindbild, seit über 10 Jahren vorherrschend, wurde und wird durch weitere Feinde ergänzt, gegen die ein *Krieg gegen das Böse* auf allen Ebenen geführt wird. Ebenso wie bei 1984 spielt dabei die technische Überwachung nur eine – zweifellos wichtige – Rolle neben militärischen, sonstigen sicherheitsbehördlichen und propagandistischen Maßnahmen.

1984 verdeutlicht die Mechanismen der Sicherheitsapparate. Ozeanien, das Reich des Großen Bruders, erklarte sich dauernd bedroht von inneren und äußeren Feinden. Im Innern drohte „die Brüderschaft“; Zitat (Orwell, ²²1974, S.19): „Trotz der endlosen Verhaftungen, Geständnisse und Hinrichtungen konnte man nie sicher sein, dass ‚die Brüderschaft‘ nicht lediglich eine sagenhafte Erfindung war.“ Außen bedrohten Ozeanien Ostasien und Eurasien, gegen die abwechselnd in sich ändernden Allianzen Krieg geführt wurde; Zitat (Orwell, ²²1974, S.33): „Der augenblickliche Feind stellte immer das Böse an sich dar.“

Europa wurde von der Entwicklung in den USA nach dem 11. September 2001 sofort mit erfasst. Es bedurfte nicht der Anschläge am 9. März 2004 in Madrid und vom 7. Juli 2005 in London, um bei den europäischen Regierenden die Bereitschaft zu steigern, einen von vielen Sicherheitsbehörden schon lange vorbereiteten und geforderten *Paradigmenwechsel* vorzunehmen. In der Zeit des „Kalten Kriegs“ war in der westlichen Welt und damit auch für die Bundesrepublik die Beschreibung der Sicherheitslage einfach und klar: Der Feind und die Gefahr standen im Osten. Der Warschauer Pakt militärisch, der Kommunismus ideologisch und die realsozialistischen Staaten politisch wurden als die Gefahr für die Sicherheit unserer Gesellschaft ausgemacht. Dem korrespondierte das interne Feindbild: die Unterwanderung durch linke Extremisten. Seit der Entspannungspolitik Brandts Anfang der 1970er-Jahre zerbröselten diese Feindbilder, bis deren Glaubwürdigkeit mit dem Fall der Mauer 1989 praktisch völlig zusammenbrach. Neue Feindbilder folgten. Die deutsche RAF und ein korrespondierender internationaler Linksterrorismus hatten sich als Bedrohungsszenario schon in den 70ern aufgedrängt. Nach deren weitestgehender Zerschlagung musste auf den kriminellen Bereich unter dem Stichwort der *Organisierten Kriminalität* zurückgegriffen werden.

Periode der Entspannung sowie der Liberalität und Demokratisierung der Informationstechnik

In den 1990er-Jahren waren auch diese Feindbilder nicht mehr vermittelbar. Dies hatte kurzfristig eine Periode der Entspannung und der Liberalität im Hinblick auf staatliche Überwachung zur Folge. Obwohl sich die informationstechnischen Überwachungsmöglichkeiten potenzierten, zivilisierte sich dank einer entspannten Sicherheitslage in den hochindustrialisierten Ländern unsere Sicherheitspolitik. Unter deren Schirm entwickelte sich eine Wohlstandsmentalität, die den Blick auf die globalen Konflikte verstellte, auf demokratische und freiheitliche Katastrophen und auf soziale Ungerechtigkeit in dem, was wir noch kurz zuvor die *Zweite* und die *Dritte Welt* nannten.

Ein Grund für unser Wohlgefühl lag auch darin, dass wir uns der Informationstechnik bemächtigten, die wir noch vor dreißig Jahren als den Schlüssel für die moderne Diktatur fürchteten. Statt des *Big Brother* versprach die Informationstechnik das *Big Money*. Die einfachen Bürger lockte sie als *Big Chance* für Selbstverwirklichung und Zeitvertreib, für berufliche Entwicklung und Sport, Spiel, Spannung. Wir erlebten in den 90er-Jahren eine Demokratisierung der Informationstechnik, die uns mit ihren medialen und kommunikativen Möglichkeiten eher die Überwachung möglicher Überwacher eröffnete, als dass wir unsere eigene Überwachung befürchteten. Internet für Jedermann, Informationsfreiheit, Verschlüsselungs-Freiheit und Mediatisierung der digitalen Medien sind einige Stichworte, die für diese Periode stehen. Wir hatten plötzlich die Informationstechnik nicht als Schlüssel für unsere Entmündigung, sondern als Schlüssel zur Mündigkeit in der Hand. Wir agierten im Internet als globaler Publizist oder als gut informierter Wissenschaftler; wir rissen mit ihm fast alle Schranken von Raum und Zeit für unsere Kommunikation, die unsere neue Freiheit ist, ein. Orwells Helden Winston Smith und Julia waren dagegen ausschließlich Objekte der Überwachung, deren technische Emanzipation lange undenkbar war und nun zum Greifen nahe schien. Doch sollten wir nicht verfrüht frohlocken.

Bild 6: Plakat des Bundesamts für Verfassungsschutz aus dem Jahr 1996: „Sicher ist es schön, wenn Gegner zu Freunden werden. Offene Gespräche sind selbstverständlich. Doch die Offenheit muß nicht grenzenlos sein. Denn auch zwischen Freunden gibt es Interessengegensätze. Denken Sie an die Gefahr der Gesprächsabschöpfung!“ In der Phase der Entspannung in den 1990er-Jahren schwelten durchaus noch die alten Vorbehalte.

Quelle: Bundesarchiv



Quelle: Bundesarchiv

Bild 7: Josef Stalin, das Vorbild für Orwells „Großen Bruder“, stellte die sowjetische Geheimpolizei „Tscheka“ über das Gesetz: „In der augenblicklichen Situation ist es absolut lebensnotwendig, die Tscheka zu verstärken [...], die Klassenfeinde der Sowjetrepublik in Konzentrationslagern zu isolieren und so die Republik gegen sie zu schützen, jeden, der [...] in Verschwörungen, Aufstände und Erhebungen verwickelt ist, auf der Stelle zu erschießen.“ Die Denunziation blühte.

Das Bild zeigt das anlässlich des 70. Geburtstags von Josef Stalin 1948 festlich geschmückte „Haus der Einheit“ des Zentralsekretariats der SED in Berlin in der Lothringer Straße (von 1951 bis 1994: Wilhelm-Pieck-Straße; ab 1994: Torstraße).

Terror als Legitimationsmuster

Nach dem Anschlag auf das World Trade Center und das Pentagon wurde ein Feuerwerk an Überwachungsmaßnahmen abgebrannt, das unsere westlichen Demokratien und die gesamte Welt verändert. Das *Vokabular des starken Staates* hätte vor dem 11. September

2001 nur das mitleidige Attribut „Spinner“ geerntet. Danach ernteten selbst die unsinnigsten Vorschläge Applaus oder zumindest ergebene Duldsamkeit, waren sie doch Ausdruck für die Priorität des neu entdeckten Sicherheitsthemas. Das Kaninchen bewegt sich nicht in der Hoffnung, dass sich die Schlange doch noch als Wachhund entpuppt.

Seitdem wird die Bekämpfung des *Terrors als Legitimationsmuster* praktisch jeder Verschärfung der Überwachung herangezogen, auch wenn dies logisch nicht nachvollziehbar ist. Die Tendenz ist bei uns in vieler Hinsicht identisch mit der in den USA und in vielen anderen europäischen Ländern, wenngleich auch quantitative und qualitative Unterschiede bestehen: Wir erleben einen massiven Ausbau der immer weiter zurückgedrängten Geheimdienste und des Einsatzes von geheimen Ermittlungsmethoden. Zugleich werden Überwachungsinstrumente hoffähig gemacht, die nicht an konkreten Straftaten oder Gefahren anknüpfen, sondern flächendeckend auf die gesamte Gesellschaft zielen und wirken.

Die ideologische, mit Feindbildern begründete Aufrüstung beschränkt sich nie auf Gesetze und Praktiken der Sicherheitsbehörden. Sie findet ihren Niederschlag auch in den Herzen der Menschen, die es den staatlichen Instanzen nachtun, sei es, um die staatlichen Bemühungen zu unterstützen, sei es, weil sie sich gesellschaftlich hierzu legitimiert fühlen. In jedem Fall basiert diese Aufrüstung auf Hass, der seinen Ausdruck letztlich in Gewalt findet. Es kommt z.B. nicht von ungefähr, dass sich die Zahl der Übergriffe gegen Muslime in Großbritannien im Jahr 2013 gegenüber dem Jahr zuvor auf 500 verdoppelte.

Vom Rechts- zum Schutzstaat?

Der Anschlag am 11. September 2001 in den USA war im Hinblick auf die Zahl der Toten, die menschenverachtende Motivation, ja selbst in der Wahl der Waffen, nicht einzigartig. Er ist insofern ungeeignet als Beleg für die Notwendigkeit einer neuen sicherheitspolitischen Epoche. Die Einzigartigkeit dieses Anschlags besteht darin, dass uns mit einem Schlag vor Augen geführt wurde, wie mit Low-Tech die Zentren unserer High-Tech-Gesellschaft und damit im Grund die Basis unseres Wohlstands angegriffen werden können – und dies durch einzelne Menschen und mit globaler Wirkung. Die einzige Antwort auf diese Herausforderung war und ist bisher die Weiterentwicklung des High-Tech und dessen verstärkte Anwendung, ungeachtet freiheitlicher oder demokratischer Werte – der Einsatz von High-Tech-Waffen und High-Tech-Datenverarbeitung.

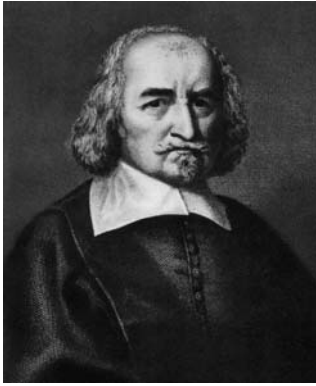
Dabei haben wir es mit einer schwierigen Situation zu tun: Nicht nur Menschen mit einer kriminellen Vorgeschichte verüben Anschläge, sondern scheinbar vollständig angepasste, beruflich erfolgreiche junge Menschen, über die polizeiliche Kriminalaktsammlungen und -dateien keine Auskunft geben können. Manche Täter scheint unser Sanktionensystem nicht zu

schrecken, selbst wenn neben Geld- und Freiheitsstrafen neue härtere Sanktionen eingeführt würden. Für Selbstmordattentäter ist der eigene Tod Bestandteil der Tatvollendung. Sicherlich können mit unserem klassischen sicherheitsbehördlichen Instrumentarium die Hintergründe und die Tatausführung aufgeklärt werden, können organisierte kriminelle Strukturen und Netzwerke zerschlagen werden und Verdächtige hinter Gitter gebracht werden. Doch kann es vor Selbstmordattentätern keine kalkulierbare Sicherheit geben.

Die staatlichen Reaktionen auf den 11. September 2001 brachten global flächen- und bereichsdeckend einen neuen *Überwachungsschub über die gesamte Bevölkerung*. Nicht nur die Überwachung des Gefahrenvorfelds durch die Dienste, sondern auch die präventive administrative Erfassung legaler Tätigkeiten wurde in wesentlichen Bereichen eingeführt bzw. verbreitert. Zu diesen Maßnahmen gehört in Deutschland z.B. die Einbeziehung der Sozialbehörden in die Rasterfahndung oder die Ausweitung der Datensammel-Kompetenzen des Bundeskriminalamts jenseits ihres Strafverfolgungsauftrags. Mit einer automatisierten Auskunftspflicht der Banken wurde unter dem Vorzeichen der Terrorismusbekämpfung dem Staat die umfassende technische Zugriffsmöglichkeit auf Daten zu Finanz- und Geschäftsbeziehungen geschaffen. Diese Daten nutzt er nun auch gerne für steuerliche oder sonstige staatliche Kontrollzwecke. Die Erfassung von Fingerabdrücken und weiteren biometrischen Merkmalen auf Ausweisen, Pässen und in Datenbanken wurde und wird national, europäisch und international gesetzlich legitimiert. Die Speicherung sämtlicher Telekommunikations-Verkehrsdaten auf Vorrat, allein um vielleicht damit eine Straftat im Nachhinein entdecken oder aufklären zu können, steht hierzulande weiterhin auf der kollektiven Wunschliste der Sicherheitsbehörden. Damit wird in der elektronischen Kommunikation – als dem Rückgrat unserer Informationsgesellschaft – für die Normalverbraucher der Freiheitsschutz durch Anonymität im Netz aufgehoben.

Wir haben es bei den schon verabschiedeten Gesetzen nicht mit *Schläfergesetzen* zu tun, deren gefährliches Potenzial sich erst in der Zukunft entfaltet. Auch wir Deutsche sind von den unternehmerischen und behördlichen *Big-Data-Analysen* betroffen, bei denen unsere Namen und Merkmale aus Datenbanken und aus dem nicht versiegenden Datenstrom des Internet anlasslos herausgefischt, zusammengeführt und ausgewertet werden, um uns nach von Algorithmen festgelegten Methoden des *Scoring, Tracking, Profiling* und *Personalizing* im realen Leben als Verdacht oder Diskriminierung gegenüberzutreten. Die Verdächtige und Prognosen können dann für uns Berufs- und Beschäftigungsverbote, Einreise- und Aufenthaltsverbote, Ausweisungen, im Einzelfall auch Folter und Tod zur Folge haben.

Die praktizierten Maßnahmen sind Ausdruck eines mit der Terrorismusbekämpfung legitimierten Paradigmenwechsel vom Rechtsstaat zum Sicherheits- oder Schutzstaat. Die Auseinandersetzung hierzu geht auf die philosophischen Überlegungen von Thomas Hobbes und John Locke zurück (siehe auch Bilder 8 und 9, nächste Seite), deren Legitimation des Staats durch einen Gesellschaftsvertrag einander gegenüberstehen.



Bilder 8 und 9: Die Frage Sicherheitsstaat oder Rechtsstaat bewegten schon Thomas Hobbes (1588–1679), links, und John Locke (1632–1704), rechts. In der Gedankenwelt von Hobbes tritt jeder seine Freiheitsrechte an den Staat ab. Der eigene vernünftige Wille fordert die Anerkennung einer Herrschaft, die den Frieden auch mit Zwangsgewalt durchsetzt. Im Gegensatz zu Hobbes darf bei John Locke der Mensch weder sein eigenes noch das Leben eines Anderen beeinträchtigen. Der Staat ist nicht mehr durch Gott oder einen absoluten Herrscher (wie bei Hobbes) begründet, sondern repräsentiert den Willen seiner Bürger. Daraus ergibt sich nach Locke das Recht der Bürger, die staatliche Gewalt aufzuheben und zu verändern, wenn diese nicht mehr ihrem Willen entspricht. Die Macht des Staats dient der Verwirklichung des menschlichen Daseins und darf sich nicht gegen den Menschen richten.

Während für Locke die Aufgabe des Staats darin besteht, der Bevölkerung die Wahrnehmung ihrer Freiheitsrechte zu sichern, stand für Hobbes der Schutz vor dem Wolf im Anderen im Vordergrund. Nicht die staatliche Gewalt sei die Gefahr für die Menschen, sondern die Gefahr durch den Nächsten, gegen den der Staat aufzurüsten ist. Die zentrale Frage ist, wofür im Zweifel zu entscheiden ist, für die Sicherheit – so Hobbes – oder für die Freiheit – so Locke. Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes haben sich – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus, die auch Orwell inspirierten – eindeutig für die Locke'sche Sichtweise entschieden. Alle Versuche, dies umzuinterpretieren, müssen erfolglos sein. Ein alle Freiheitsrechte überstrahlendes *Grundrecht auf Sicherheit*, wie es der Bonner Staatsrechtler Josef Isensee und ihm folgend weitere Rechtsprofessoren konstruieren wollten, ist in unserer Verfassung nicht zu finden.

Während sich Deutschland (noch?) den Luxus demokratisch geschaffener gesetzlicher Grundlagen leistet, machen die USA – aber auch China, Russland, der Iran oder Syrien – vor, dass es auch ohne oder neben dem Gesetz geht. Insofern unterscheiden sich diese Staaten gesellschaftsvertraglich nicht von dem Ozeanien Orwells.

Das klassische sicherheitspolitische Konzept bei uns in Europa basiert auf einem mehr oder weniger ausge-

wogenen Verhältnis von Prävention und Repression. Für die Prävention sind vor allem unsere Sozialsysteme zuständig, außerdem unser Bildungssystem, unsere Kultur- und Familienpolitik. Die Repression basiert auf dem Versprechen der Aufdeckung von Straftaten und deren gerechter (eventuell harter) Ahndung. Sicherheit ist Ziel und nicht Instrument des Staats. Staatliche Überwachung und Repression sind nur als *Ultima Ratio*, als letztes Mittel, im konkreten Einzelfall zulässig. Das Ziel „Sicherheit“ wird durch die weitestgehende Einräumung von Freiheiten erreicht. Der freie, sich selbst verwirklichende Mensch hat weniger Anlass, des Anderen Wolf zu sein, als der überwachte und geknechtete Mensch.

Welche Sicherheit wollen wir?

Übertragen auf die aktuelle Diskussion haben wir es mit der Frage zu tun: *Was bringt uns Sicherheit vor Terrorismus, was vor Kriminalität und vor anderen Gefahren?* Eine nüchterne Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass mit den gewaltigen Massen an Datenschnitt, die bei einer anlasslosen Überwachung anfallen, kein wesentlicher Sicherheitsgewinn erzielt werden kann. Die Rasterungen mit den Instrumenten des *Big Data* bringen gewaltige Kosten und personellen Aufwand, auch die Verunsicherung von Menschen, nichts aber für die Bekämpfung des Terrorismus. Dennoch werden die Sicherheitsbehörden nicht müde, die Maßnahmen als Erfolg zu verkaufen mit der empirisch nicht überprüfbar behauptung, ohne diese stünde es um unsere Sicherheit noch viel schlimmer.

Der Misserfolg und die sicherheitspolitische Ineffektivität von verdachtslosem *Big Data* sind einfach zu erklären. Organisierte Kriminelle, wozu getrost reale Terroristen gezählt werden können, verfügen über professionelle, auch technische Mittel, um sich bei derartigen Maßnahmen wirksam zu verbergen. Ins Visier geraten vor allem die Gutmütigen und Blauäugigen. Mit keiner der nach dem 11. September 2001 ergriffenen Maßnahmen hätten die Anschläge von Washington und New York verhindert werden können. In Kenntnis der schrecklichen Möglichkeiten der Zukunft lässt sich auch mit keiner dieser Maßnahmen wirksam ein künftiger Anschlag verhindern. Sie sind ein Stochern im Nebel, bei dem das Stochern mehr gefühlte Sicherheit vermittelt als einen tatsächlichen Fund sicherheitsrelevanter Erkenntnis. Das Stochern bedingt Überwachung. Das Überwachen bringt den Überwachern allerdings ein gutes Gefühl, ein Gefühl von Macht und Stärke, auch wenn diese nicht über Kriminelle ausgeübt werden, sondern über unbescholtene und unverdächtige einfache Menschen. Die bisher erzielten Fahndungserfolge gegen Terroristen und Terrorismusverdächtige wären auch durch klassische polizeiliche Ermittlungsarbeit erzielbar gewesen, mit der an konkreten verdächtigen Sachverhalten und Personen anknüpft wird, ohne dass es der Hysterie, des symbolischen Aktionismus und extensiver Gesetzgebungstätigkeit bedürft hätte.

Sicherheitsgefahr Überwachung

Diese Formen der Überwachung bringen nicht nur keine wirksame Sicherheit, sie stellen selbst eine Sicherheitsgefahr – nicht nur für die angeblichen Gefährder – dar. Überwachung und deren mediale Darstellung verursachen Verunsicherung und Angst bei den Überwachten. Da von den bisherigen Überwachungsmaßnahmen sichtbar vor allen Ausländer und Andersgläubige betroffen sind, ist dort die Verunsicherung am größten. Fremde, von denen einzelne die Anschläge ausgeführt haben mögen, von denen aber Tausende um uns herum leben, nehmen wir – als uns wahnende Christen und Humanisten – wenig bewusst wahr. Alle multikulturelle und tolerante Rhetorik kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Fremden uns mit jeder datenmäßigen Erfassung und jeder Überwachungsmaßnahme weiter fremder werden, obwohl die Sicherheitsbehörden doch hoffen, sie dadurch besser kennen lernen (und kontrollieren) zu können.

Die typische Reaktion bei den Überwachten ist Angst, Abwehr und Aggression. Es kann niemand guten Gewissens behaupten, dass eine Überwachung, mit der grundlegende Grundrechte eingeschränkt werden, geeignet ist, die Identifikation mit einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Ordnung und deren Grundrechten zu erhöhen. Vielmehr ist jede staatliche Feinderklärung geeignet, die innere Ablehnung der staatlichen Ordnung zu erhöhen, die verteidigt werden soll. Gravierend ist es, wenn ganze Teile einer Gesellschaft durch Feinderklärungen erschreckt und traumatisiert werden. Gravierender ist aber, dass dadurch viele Menschen in die Arme von Kräften getrieben werden, die tatsächlich die rechtsstaatliche Ordnung bekämpfen. So wird aus der terroristischen Feinderklärung eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

Überwachung ist immer auch ein Ausdruck der Angst der Überwacher. Wer den in den letzten Jahren aufgebauten Terrorismusbekämpfungsapparat betrachtet, muss sich fragen: Welche Angst haben deren Schöpfer vor den Fremden, dass sie diese derart überwachen müssen. Wir wissen von den Allmachtphantasien der RAF-Terroristen in den 1970er-Jahren, die sich aufgrund der medial groß zur Schau gestellten Angstreaktion des Staats subjektiv als gleichwertiger Kriegsgegner empfanden. Angst, Abwehr und Aggression schaukeln sich gegenseitig hoch. Geschaffen wird dabei ein Klima, in dem der Terrorismus und in dessen Schatten sonstige gesellschaftliche Gewalt vortrefflich gedeihen. Um dies zu wissen, müssen wir nicht in den Irak, nach Afghanistan oder nach Palästina schauen. Dafür finden wir genügend europäische und deutsche Belege. Terroristenbekämpfung wird selbst zum Sicherheitsrisiko.

Die frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts Jutta Limbach fragte wenige Monate nach den Anschlägen am 11. September 2001, ob nicht die mit der Terrorismusbekämpfung einhergehende Demütigung von Menschen „mehr als Armut oder Analphabetismus ein wichtiger Faktor für die Disposition zum Terroristen“ sei. Nicht das Vertrauen auf einen Datenwust in den Händen der Sicherheitsbehörden, sondern ein gelebtes unbedingtes Bekenntnis zu den Menschen- und Bürgerrechten des Grundgesetzes sei Ausdruck

der geschichtlichen Verantwortung und Zeichen der Glaubwürdigkeit Deutschlands.

Wirksame Sicherheitspolitik muss vorrangig auf *soziale Prävention* setzen: Dialog statt Ghettoisierung, Integration statt Abschottungspolitik, Frieden und sozialer Ausgleich statt Konfrontation und Krieg zwischen Christen bzw. Juden und Moslems, zwischen Reich und Arm, zwischen Norden und Süden, zwischen Westen und Osten. Ein Wechsel zu solch einem Sicherheitskonzept kann schrittweise erfolgen. Ein solcher Wechsel ist nötig. Bei aller Abhängigkeit von Risikotechniken sind wir auf diese – noch – nicht existenziell angewiesen. Wir sollten uns daher schleunigst darüber Gedanken machen, wo und wie unser bisheriges Sicherheitssystem technische Mängel aufweist. Geschieht dies, so sind auch die Bürgerrechtler bereit darüber nachzudenken, wo und wie – angesichts der Erkenntnis einer neuen Bedrohungslage – neue rechtsstaatlich begrenzte Grundrechtseingriffe zugelassen werden müssen und können.

Wo ist die vorbeugende Verbrechensbekämpfung?

Der bürgerrechtlichen Kritik an den geheimdienstlichen Überwachungsmaßnahmen kann entgegen gehalten werden: Wir leben doch in einem demokratischen Rechtsstaat! Dies ist – grundsätzlich – richtig. Dass dieser Rechtsstaat oft funktioniert, zeigen die öffentlichen Debatten über die richtige Terrorismusbekämpfung, zeigen die vielen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts insbesondere seit dem 11. September 2001 im Sicherheitsbereich. Die Rechtsstaatlichkeit unterscheidet das Deutschland der Bundesrepublik von dem des Nationalsozialismus und dem der DDR. Doch sollten wir uns darüber im Klaren sein, dass die beiden jüngeren deutschen Diktaturen sich durch Merkmale auszeichneten, die denen der Terroristengesetze entsprechen: Deren Sicherheitsorgane operierten im Geheimen; diese warteten auch nicht, bis eine konkrete Straftat oder Gefahr vorlag, um tätig zu werden. Die *vorbeugende Verbrechensbekämpfung* und die *Nutzung geheimdienstlicher Mittel* gehören heute zum Standardrepertoire auch in Deutschland und in Europa. Gewissheiten sind für Sicherheitsbehörden trivial. Ihre Daseinsberechtigung liegt in der Aufhellung des Ungewissen, der Ungewissheit über den Täter einer vergangenen Tat und in der Abwehr ungewisser Risiken in der Zukunft. Wenn gerade oder gar nur das Unverdächtige verdächtig ist, dann ist auch die Unschuld des Unschuldigen ungewiss.

Demokratie, Datenschutz, Rechtsstaat und Freiheitsrechte, all das ist nicht einfach vorhanden oder es fehlt. Diese Werte werden mehr oder weniger gelebt. Seit dem 11. September 2001 findet hinsichtlich dieser Werte eine schleichende Erosion statt – mit wenigen Gegenkräften. Wie wollen wir der islamischen Gemeinde in der Welt und bei uns in der Stadt unsere christlichen Werte von Freiheit und Demokratie, in deren Namen die Terroristen bekämpft werden sollen, verständlich machen, wenn wir sie nicht vorleben, wenn wir sie gerade dieser verweigern. In der globalen Informationsgesellschaft kann es eine Kriegsberichterstattung, in

Foto: Deutsche Messe AG



Bild 10: Drohnen für jeden auf der CeBIT 2014. Der eigene Computer oder die Wanze im Schlafzimmer sowie Drohnen- und Satellitenüberwachung im Freien schaffen die Ausleuchtung von bisher noch unerreichten Ecken der Privatsphäre.

der es nur chirurgische Schläge und keine zivilen Opfer gibt, nur für kurze begrenzte Zeit geben. Über die unschuldigen Opfer des westlichen Kampfs gegen das „Reich des Bösen“ wird berichtet werden. Wenn nicht die Werte, die verteidigt werden sollen, zugleich Bestandteil des Angriffs gegen den Terrorismus sind, droht dieser Angriff selbst in Terror umzuschlagen.

George Orwell nannte sein 1984 einen utopischen Roman. Doch bleibt die Utopie ins Innere des Helden Winston gekehrt. Gesellschaftspolitisch muss man den Roman bis zu seinem bitteren Ende als Dystopie, also als Anti-Utopie ansehen. Denn für diese eher pessimistische politische Sichtweise bestand nach dem Zweiten Weltkrieg durchaus Veranlassung. Viele meinen, heute gäbe es erst recht Anlass für Pessimismus. Was Gestapo und Stasi an Kontrolltechniken zur Hand hatten, ist Kinderkram zu dem, was heute möglich ist und was nicht nur NSA und GCHQ, chinesische und russische Geheimdienste tun. Die Schlüsseltechnologie ist die Kontrolle des Internets und sonstiger elektronischer Netze als Kommunikations- und Informationsmedien, die mit ihren Schnittstellen, z.B. der Videoüberwachung, in den analogen Raum hineinreicht. Die Biometrie erfüllt die Funktion der Beschaffung unverwech-

selbarer Personenkennzeichen. Weitere IDs, etwa auf Ausweisen, als Cookies oder Gerätekennungen, erlauben Datenverknüpfungen auch dort, wo Biometrie nicht zur Hand ist. Das eigene IT-Gerät oder die Wanze im Wohn- oder Schlafzimmer und die Drohnen- und Satellitenüberwachung im Freien schaffen die Ausleuchtung der bisher noch unerreichten Ecken. Die räumliche Orientierung erledigen Mobilfunk und Satellitennavigation.

Die kleinen Geschwister des Großen Bruders

Dennoch gibt es keinen Grund zum Schwarzmalen. Dafür gibt es viele Gründe. Kein Grund sind die vielen kleinen Geschwister, die der Große Bruder inzwischen bekommen hat. Nicht nur der Staat macht sich den Menschen mithilfe von Überwachung und Manipulation zu eigen, sondern viele private Wirtschaftsunternehmen. Was wären NSA oder GCHQ ohne die Netzbetreiber von Belgacom bis Verizon, die Universaldienstleister Amazon, Apple, Facebook, Google oder Microsoft, deren Wissen sich der Staat jederzeit beschaffen kann. Betrachtet man die Unverfrorenheit, mit der sich der Staat in die Beziehung zwischen Bürger und Finanzdienstleister oder Telekommunikationsunternehmen drängt, so begründet dies nicht gerade eine optimistische Sichtweise.

Es sind weniger die Institutionen als die Menschen, die Anlass zur Hoffnung geben. Sie zeigen und artikulieren politisch ihr Bedürfnis nach Privatsphäre. Solange dieses Bedürfnis in unserer Gesellschaft lebendig ist, besteht kein Grund zur Resignation.

Transparenz

Trotz aller informationstechnischen Kompetenz, die sich die Menschen in Sachen Selbstdatenschutz angeeignet haben, bewahren sich die staatlichen Behörden ihr Überwachungsmonopol. Solange aber noch Meinungsfreiheit und Pluralität bestehen, wird und kann es kein Orwell'sches Meinungsmonopol geben. Demokratischer Diskurs und aufgeklärte Kritik gepaart mit dem erwähnten Bedürfnis nach Privatheit sind Gift für staatliche Überwachung und Balsam für die innere und die äußere



USB KeyGrabber

Der KeyGrabber wird einfach zwischen Tastatur und Computer gesteckt und zeichnet jeden Tastendruck auf.

Artikelnr.: 4543

49,95 € 1 IN DEN WARENKORB

Verfügbarkeit: ● auf Lager Wann kommt es an?
Wie sind die Versandkosten?

* inkl. 19% MwSt. zzgl. Versandkosten

☞ Auf den Wunschzettel ⓘ Hast Du eine Frage zum Produkt?

Lieferdauer
Deine Vorteile bei uns

Unser nächster Versandschluss:
🔄 EINEN MONAT WIDERRUFSRECHT

Bild 11: Wo ein „großer Bruder“ am Werk ist, finden sich auch Nachahmer. Über Webshops können sich die „kleinen Brüder“ z.B. sogenannte Keylogger zulegen und unbemerkt mitschneiden, was die Kolleginnen und Kollegen alles so tippen.

<http://www.getdigital.de/USB-Keylogger.html>



Bild 12: Bastionen staatlicher Geheimhaltung können wanken und stürzen. Leipzig am 14.12.1989 im Amt für Nationale Sicherheit, der ehemaligen Staatssicherheitsbehörde – radikal wurde hier die Möglichkeit des Abhörens und Aufzeichnens von Gesprächen ausgeschaltet. Mitglieder des Bürgerkomitees, Fernmeldefachleute und der Militärstaatsanwalt überzeugten sich von den entsprechenden Arbeiten vor Ort. Die Einrichtungen wurden demontiert und von der DDR-Volkspolizei sichergestellt. Heute haben Leaks, Whistleblower und investigativer Journalismus die Rolle der Bürgerkomitees übernommen.

Freiheit. Dies lehrt uns aktuell der Umgang mit den Erkenntnissen von Edward Snowden. Der Stoff, aus dem dieses Gift bzw. dieser Balsam gemacht ist, heißt *Transparenz*. Die Mittel der Transparenz haben sich im Laufe der Zeit gewandelt. Waren es zu den Zeiten der bürgerlichen Revolution die Pressefreiheit, die Haushaltstransparenz und die Öffentlichkeit von Gerichtsverfahren, so leben wir heute viele weiteren Facetten. Der kurz vor 1984 aus dem *Recht auf informationelle Selbstbestimmung* grundrechtlich abgeleitete Auskunftsanspruch des Betroffenen ist ein Beispiel hierfür. Eine Vielzahl von datenschutzrechtlichen Offenlegungs- und Benachrichtigungspflichten bestehen auf gesetzlicher Basis. Transparenzpflichten durchziehen das gesamte Privatrecht. Informationsfreiheitsgesetze bringen Transparenz selbst in Amtsstuben und setzen sich inzwischen sogar in Deutschland durch. Ja, die letzten Bastionen staatlicher Geheimhaltung sind am Wanken. Der Gesetzgeber sah sich bei seinen sogenannten Terrorismusbekämpfungsgesetzen genötigt, die staatlichen Befugnisse einer Evaluation zu unterwerfen. Leaks, Whistleblower und investigativer Journalismus tragen das Ihre bei. Damit wird etwas verwirklicht, wovon Orwell nicht einmal zu träumen gewagt hätte: die Überwachung der Überwachung. Aber nicht nur das: Die Überwachung des Wahrheitsministeriums, des „Miniwahr“, der politischen Propaganda, gewährleistet, dass selbst das Zwiedenken kritisch hinter-

fragt wird. Dabei sind wir – wie noch in der DDR – nicht auf die zwischenmenschliche Ironie beschränkt. Wir bemächtigen uns der Informationstechnik zur Verbreitung der Kritik und der Information, die auch zu unserer Überwachung geeignet ist und genutzt wird.

Winston, sind die Gedanken frei?

Die Botschaft von Orwell ist: Was Techniken noch nicht überwachen können, das sind die Gedanken der Menschen. Und deshalb wird es auch weiterhin künftig Terrorismus geben. Aber genau aus dem gleichen Grund wird es auch in Zukunft weiterhin eine Nachfrage nach Privatheit und nach persönlicher Freiheit geben. Und erst Privatheit und Freiheit machen unser Leben wirklich lebenswert und würdevoll. Mit diesen Werten erst gewinnt die Informationstechnik ihren Sinn als ein technisches Instrument zur Verlängerung all dieser Grundrechte. Daher müssen wir und können wir etwas unternehmen gegen die *Terrorisierung durch Terroristenbekämpfung*, die diesen Namen nicht verdient. Winston ist zwar Vorbild, aber ein tragisches Vorbild. Dennoch ist 1984 keine Tragödie. Es wird zwar niemals ein Happy End geben. Wohl aber gibt es immer die Hoffnung, dass der scheiternde Winston dreißig Jahre nach 1984 für seine Nachfahren genügend Inspiration ist, sich für die Freiheit und gegen jede Form von Großem Bruder frühzeitig zu engagieren.

Statt innere Sicherheit zu fordern, müssen wir innere Sicherheit haben, um gegenüber den Sicherheitsaposteln modernistischen wie konservativen Typs die Hoheit über die öffentliche Meinung zu verteidigen bzw. wiederzugewinnen, um damit eine auf Ausgleich und Verständigung ausgerichtete Sicherheitspolitik umzusetzen. Dafür benötigen wir ein wenig Überwachung und sehr viel Transparenz, benötigen wir wenig Propaganda, wohl aber viel Kommunikation.

Dr. Thilo Weichert
Unabhängiges Landeszentrum für Datenschutz
Schleswig Holstein
Holstenstraße 98
24103 Kiel

E-Mail: mail@datenschutzzentrum.de

Literatur

Lutterbeck, B.: Die Informationsordnung der Republik – Anmerkungen zum Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts. In: LOG IN, 4. Jg. (1984), Heft 1, S. 67–69.

Witt, B.: Datenschutz kompakt und verständlich. Wiesbaden: Vieweg+Teubner Verlag, 2010.

Die Zitate nehmen Bezug auf die Veröffentlichung
Orwell, G.: 1984 – Ein utopischer Roman. Zürich: Diana Verlag, 221974.